



Neue Veröffentlichung '25 Jahre Deutsche Einheit'

Neue Veröffentlichung "25 Jahre Deutsche Einheit" - Wandel im Bereich Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft statistisch betrachtet - Die Veröffentlichung "25 Jahre Deutsche Einheit" der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigt, wie sich Deutschland seit der Vereinigung verändert hat. Die wichtigsten Entwicklungen im Bereich Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Wohnungsbau stellten Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Dr. Christel Figgenger, Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamtes, und Rudolf Frees, Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, auf der heutigen Pressekonferenz in Berlin vor. In den ostdeutschen Flächenländern hatten 2013 rund 12,5 Millionen Menschen ihre Heimat (15 %). Ende 1991 war auf die neuen Länder mit 14,5 Millionen Menschen noch ein Anteil von 18 % der Bevölkerung entfallen. Der Verlust von etwa 2 Millionen Menschen in den neuen Ländern (ohne Berlin) lag in der Abwanderung nach Westdeutschland und im Geburtendefizit begründet: Bis 2013 zogen mehr Menschen aus dem Osten weg als zuzogen. In den Jahren 2012 (- 14 900 Personen) und 2013 (- 10 500) hat sich der negative Wanderungssaldo jedoch stark verringert und ist 2014 auf den bisher niedrigsten Stand gesunken (- 3 300). Die Zahl der Geburten sank in den neuen Ländern zwischen 1990 und 1994 um mehr als die Hälfte von 163 000 auf 71 000. Danach nahm die Zahl der Neugeborenen jedoch wieder leicht zu und lag seit 2000 bei rund 100 000 Kindern pro Jahr. Diese Entwicklungen führten in Ostdeutschland zu einer schnelleren Alterung der Gesellschaft: 63 % der dortigen Bevölkerung waren 2013 älter als 40 Jahre (1991: 46 %). In den westlichen Flächenländern nahm die Bevölkerung hingegen um gut 4 % zu - dazu trug die Zuwanderung aus den neuen Ländern und vor allem aus dem Ausland bei. Den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt prägten nach der Einheit Phasen mit hoher Arbeitslosigkeit, tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen und ein Rekordniveau der Beschäftigung heute. Im Jahr 2013 lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 41,8 Millionen um 3,1 Millionen und somit 8,1 % über dem Wert des Jahres 1991. In Westdeutschland (ohne Berlin) lagen die Erwerbstätigenzahlen über dem Niveau von 1991, in Ostdeutschland (ohne Berlin) darunter. Im Jahr 1991 waren 2,6 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos. Danach nahm die Arbeitslosigkeit bis 1997 deutlich zu: Die Arbeitslosenquote lag in Ostdeutschland mit 17,7 % wesentlich höher als in Westdeutschland mit 9,6 %. Auch bedingt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hartz-IV-Effekt) erreichte die Arbeitslosigkeit in Deutschland 2005 mit mehr als 4,8 Millionen Arbeitslosen ihren bisherigen Höchststand. 2014 fiel die Arbeitslosigkeit mit 2,9 Millionen Personen auf das niedrigste Niveau seit 1992; das entsprach einer Quote von 6,7 %. Zum Zeitpunkt der Vereinigung war die Wirtschaftskraft der alten und neuen Bundesländer sehr verschieden. Die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern hat seitdem aber aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 1 535 Milliarden Euro im Jahr 1991 (bewertet mit damaligen Preisen) auf rund 2 738 Milliarden Euro im Jahr 2013. Preisbereinigt ist das BIP seit der Vereinigung um etwa ein Drittel gestiegen. Der Anteil der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) am BIP erhöhte sich von 11 % im Jahr 1991 auf fast 15 % im Jahr 2013. Besonders in den 1990er-Jahren gab es in den neuen Bundesländern enorme Wachstumsraten - auch in Folge des relativ niedrigen Ausgangsniveaus. Das Programm "Aufbau Ost" sorgte in den Jahren nach der Vereinigung für einen Boom im Wohnungsbau. Auf dem Höhepunkt des Baubooms in den neuen Bundesländern im Jahr 1997 befand sich mehr als ein Viertel aller in Deutschland fertiggestellten Wohnungen in den ostdeutschen Flächenländern. Insgesamt wurden seit 1991 knapp 8 Millionen neue Wohnungen in Deutschland gebaut - fast zwei Drittel davon in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Weitere Auskünfte gibt: Bund-Länder Veröffentlichungen - Statistisches Bundesamt - Telefon: (0611) 75-4555 - Hessisches Statistisches Landesamt - Telefon: (0611) 3802-807 - E-Mail: pressestelle@statistik.hessen.de - Amt für Statistik Berlin-Brandenburg - Telefon: (0331) 8173-1753/-1750 - Fax: (030) 9028-4091 -  width="1" height="1"/>

Pressekontakt

Statistisches Bundesamt

65189 Wiesbaden

pressestelle@statistik.hessen.de

Firmenkontakt

Statistisches Bundesamt

65189 Wiesbaden

pressestelle@statistik.hessen.de

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter amtlicher statistischer Informationen in Deutschland. Wir sind rund 2 400 Beschäftigte, die in Wiesbaden, Bonn und Berlin statistische Informationen erheben, sammeln, aufbereiten, darstellen und analysieren. Wir liefern die statistischen Informationen, die notwendig sind für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft und die Entscheidungsprozesse in der Marktwirtschaft. Wir garantieren, dass unsere Einzeldaten neutral, objektiv sowie wissenschaftlich unabhängig sind und vertraulich behandelt werden. Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Wiesbaden betreiben wir die größte Spezialbibliothek für Statistik in Deutschland. Das Statistische Bundesamt ist eine selbstständige Bundesoberbehörde. Es gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, das die Dienstaufsicht ausübt. Wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Fragen kann das Statistische Bundesamt nur mit Zustimmung des Bundesministeriums des Innern entscheiden. Die Fachaufsicht führen die Bundesministerien, die für die jeweiligen Statistiken zuständig sind. Sie müssen sicherstellen, dass die Statistiken so durchgeführt werden, wie es der entsprechende Rechtsakt anordnet. Bei der eigentlichen fachstatistischen Arbeit, nämlich der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung von Statistiken, sind wir unabhängig und nicht weisungsgebunden.